

## Es geht um die Würde des Menschen

Deutsche Zwangsarbeiter fordern ihr Recht

Die Mitglieder des *Arbeitskreises Deutsche Zwangsarbeiter* erörterten in einem Gespräch mit dem Westdeutschen Rundfunk das Problem der zur Zwangsarbeit in die ehemalige Sowjetunion verschleppten Deutschen, wie auch der in verschiedenen ehemaligen Ostblockstaaten zu Arbeitsleistungen gezwungenen Bürger deutscher Herkunft. Eine Zusammenfassung des Themas wurde am 9. März in der Sendung „Alte und neue Heimat“ ausgestrahlt. Wir veröffentlichen nachstehend den von Franz Heinz redigierten Wortlaut des WDR-Beitrags.

„Wir wollen überhaupt mal eine Dokumentation erstellen, um das Ausmaß des Unrechts nachweisen zu können. Und die Aktion läuft so, dass also entweder noch lebende Opfer den Fragebogen für sich selbst ausfüllen bzw. Hinterbliebene dann für verstorbene Angehörige das machen.“

So fasste Barbara Gaug, stellvertretende Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Banater Schwaben, die Aktion des Arbeitskreises Deutsche Zwangsarbeiter zusammen, die zunehmend das öffentliche Interesse gewinnt. Der Fragebogen, um den es geht, soll nachweisen, wer als Deutscher vor oder nach Kriegsende zur Zwangsarbeit in der Sowjetunion oder in einem anderen Staat verpflichtet worden war. Die Gesamtzahl wird mit zwei Millionen angegeben. Es handelt sich um Zivilpersonen aus den ehemals deutschen Gebieten östlich von Oder und Neiße, aus den Sudetenländern, aus Südosteuropa und anderen Siedlungsgebieten; um Menschen, die deportiert und jahrelang in Zwangsarbeitslager interniert wurden. Zu erfassen wären auch diejenigen, die als Jugendliche in den Ostblockstaaten – ersatzweise für den Wehrdienst, von dem sie ausgeschlossen waren – zwei bis drei Jahre Arbeitsdienst auf sozialistischen Großbaustellen oder im Bergbau ableisten mussten. Auch politische Häftlinge in der DDR sind oft zur Zwangsarbeit verpflichtet worden, wie Kurt Weiss vom Bund der stalinistisch Verfolgten belegt.

„Sehr viele ehemalige Häftlinge aus den DDR-Zuchthäusern, die echte Arbeit leisten mussten, die waren sogar in Industriefirmen oder als Zuarbeiter für Industriefirmen eingesetzt, haben also eine echte wirtschaftliche Lücke gefüllt, ohne dafür entschädigt worden zu sein. Insofern ist, glaube ich, ein Potential von Menschen, die hier schamlos ausgenutzt worden sind von den Sowjets, aber auch eben von den DDR-Behörden.“

Im September 2000 haben die Landsmannschaften Oberschlesien und Schlessien den *Arbeitskreis Deutsche Zwangsarbeiter* gegründet mit dem Ziel, möglichst alle deutschen Zwangsarbeiter zu erfassen, ihr Schicksal in der Öffentlichkeit bekanntzumachen und einen gerechten Ausgleich für sie zu erreichen. Inzwischen haben sich weitere ostdeutsche Landsmannschaften dem Arbeitskreis angeschlossen. Auch die Vertriebenenpresse hat das Thema aufgegriffen, wie Walter Großjohann, Chefredakteur der *Elbinger Nachrichten* ausführte.

„Wir haben uns dieser Erfassung deutscher Zwangsarbeiter angeschlossen. Ich habe eingesehen, dass diese Arbeit ungeheuer wichtig ist, gerade für eventuelle Ansprüche. Ich hoffe, dass wir zum Erfolg dieser Sache beitragen können.“

Wenngleich die Verschleppung von Deutschen zur Zwangsarbeit

niemand leugnet, so stößt die Frage einer Entschädigung durchaus auf gegensätzliche Meinungen. Der Arbeitskreis beanstandet eine doppelte Gerechtigkeitslücke im bisherigen Umgang mit den deutschen Zwangsarbeitern. Dazu Rudi Pawelka, Sprecher des Arbeitskreises:

„Die doppelte Gerechtigkeitslücke besteht darin, dass Deutsche in der Rentenleistung benachteiligt sind durch Zwangsarbeit, aber auch durch Kriegsgefangenschaft teilweise, und sie zusätzlich keine Entschädigung aus irgendeinem Fonds bekommen. Das wollen wir, wenn es geht, ändern. Wir wollen uns wenden an die Bundesregierung, und wir wollen uns auch wenden an alle Bundestagsfraktionen.“

Aber nicht alle zeigen sich für das Anliegen des Arbeitskreises ansprechbar. Bis auf gelegentliche Hinweise und Anfragen der CDU / CSU sowie bemerkenswerterweise der PDS und die eher zaghafte Einbeziehung des Themas in die deutsch-polnischen Konsultationen haben bisher weder die Fraktionen noch die Regierung auf die Erwartungen der deutschen Zwangsarbeiter reagiert. Schon gar nicht wolle man andere Staaten daraufhin ansprechen, weil das die eben geleisteten Entschädigungen für ausländische Zwangsarbeiter in Deutschland relativieren könne. Diese Sorge wirkt hausgemacht, da im Ausland offen über das Thema diskutiert wird und einige Staaten bereits heute, wenn auch begrenzt, deutsche Zwangsarbeiter entschädigen.

„In Rumänien gibt es tatsächlich Entschädigungen, wenn sie auch nicht sehr hoch angesetzt sind, sowohl für Russlanddeportierte wie auch für die Baragan-Verschleppten. Sie bekommen eine Zusatzrente, die sich um die zwanzig Prozent der Rente bewegt, und sie haben einige Vergünstigungen: Freie Fahrt auf der Eisenbahn zweimal im Jahr und anderes mehr.“

So Peter Krier von der Landesgruppe Bayern der Landsmannschaft der Banater Schwaben. Dem fügt Rudi Pawelka ein Beispiel aus Polen hinzu: „Wer als Deutscher nach dem Kriege in die polnische Armee gehen musste, aber stattdessen zur Zwangsarbeit verpflichtet wurde – das waren in der Regel so zwei Jahre –, der hat heute einen Rentenanspruch, wenn er ersatzweise Zwangsarbeit geleistet hat. Das betraf so die Zeit zwischen 1950 und 62 etwa. Und die bekommen eine Rente. Man muss allerdings dort in Polen ein Konto haben. Ich kann sagen, dass mir ein Fall bekannt ist, wo jemand 2000 Zloti im Monat für diese zwei Jahre bekommt, der hier in der Bundesrepublik wohnt.“

Ob ähnliche Regelungen auch in anderen Ländern getroffen werden, bleibt abzuwarten. Das gilt freilich auch noch für diesbezügliche Forderungen an die deutsche Seite. Nach der Vorstellung des Arbeitskreises hätte sie sowohl die in der Bundesrepublik lebenden wie auch die noch in den alten Siedlungsgebieten wohnenden Opfer zu entschädigen. „Wir würden auf jeden Fall auch die in der Heimat verbliebenen ehemaligen Deportierten mit einbeziehen“, sagte Barbara Gaug. „Wir glauben, dass der deutsche Staat hier in die Pflicht genommen werden muss, da ja die Russlandverschleppten Reparationsleistungen für die deutsche Kriegsschuld erbringen mussten.“

Was kaum einer weiß oder auch nicht wissen will: Das möchte der

Arbeitskreis ändern. Allein schon deshalb, weil „... uns sehr viel daran liegt, dass in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck entsteht, dass wir nur auf das Geld schießen, das eventuell zu erwarten ist. Es geht uns um eine würdige Debatte über die Opfer in der deutschen Öffentlichkeit. Denn man muss immer wieder feststellen“, vermerkte Barbara Gaug, „wie erschreckend groß die Informationsdefizite innerhalb der bundesdeutschen Bevölkerung sind, und darum müssen wir also darauf hinarbeiten, dass die Leute besser informiert werden, so dass es auch eine Akzeptanz gibt für diesen Opferkreis“.

Es würde die Bundesregierung nicht gerade auszeichnen, sollte sie versuchen, sich dieser Verantwortung den eigenen Bürgern gegenüber zu entziehen. Die Zwangsarbeit in der Sowjetunion – Aushebung, Kriminalisierung der Betroffenen, Lageraufenthalt und Arbeitseinsatz – ist in Ausmaß und Auswirkung weder zu verharmlosen noch nachträglich mit dem Unrecht zu rechtfertigen, das von deutscher Seite anderen zugefügt worden ist. Auch hier sollte vermieden werden, die Opfer zu kategorisieren oder ihnen gar eine Selbstverschuldung anzulasten. Eine Deportation wird nicht besser, wenn die Sieger sie vornehmen. Es sind immer die Mächtigen, die deportieren, und es wäre fatal für unser Rechtsempfinden, wollten wir uns damit abfinden.

Schon längst haben sich die Medien, allen voran das Fernsehen, des Themas angenommen. Deportation und Zwangsarbeit von Deutschen während und nach dem Zweiten Weltkrieg dürfen jedoch nicht nur eine Bildschirmlegende bleiben, und es wäre mehr als bedauerlich, müssten sich die deutschen Zwangsarbeiter ihr Recht vor den Gerichten erstreiten. Es geht um nichts weniger als um die im Grundgesetz verankerte Würde des Menschen. Gefordert sind diesbezüglich nicht nur Regierung und Ämter, sondern schlichtweg die gesamte Gesellschaft, die ja vermeiden will, dass sich Ähnliches wiederholt. Es ist zu befürchten, dass in Deutschland dafür zu wenig geschieht.

„Ich will nicht unerwähnt lassen“, so Willibald Plesch vom Arbeitskreis Deutscher Zwangsarbeiter, „dass es in Bromberg, in Bydgoszcz also, einen jungen Doktor, einen polnischen Doktor gibt, Stankowski, der sich vehement damit beschäftigt, was mit deutschen Zwangsarbeitern geschah und sehr bedauert, dass es auf der wissenschaftlichen Seite in Deutschland nicht einen jungen Doktoranden gibt, der sich mit diesem Thema beschäftigt.“

Das, so hoffen wir, muss nicht so bleiben. Franz Heinz

Anzeige  
**DUO / TRIO**  
**BABALU**  
Tel. 08204/509

### Buchtipps:

*Für Leib und Seele, Kochen und Backen wie in Sanktanna.* Konzeption: Anton Bleiziffer, Redaktion: Anna-Maria Graef und Sieglinde Tokai, Herausgeber HOG Sanktanna/Kreis Freiburg, 281 Seiten, Abbildungen, Musiknoten, Freiburg 1997, Preis 30 DM.

Zu bestellen bei:  
Franz Hell, Birnbaumweg 9,  
79115 Freiburg,  
Tel. 0761 / 442033



Zur Zeit kann man im Donauschwäbischen Zentralmuseum eine Sonderausstellung mit Werken des bildenden Künstlers Josef Bartl besichtigen. Im Bild: „Gelbes Herz“, Acryl, Leinwand 2000.

## Feier zum 125. Geburtstag von Stefan Jäger

In Zusammenarbeit mit dem Demokratischen Forum der Deutschen im Banat, dem Forum der Deutschen in Hatzfeld und der Stadt Hatzfeld veranstaltet der Landesverband Bayern am 26. Mai eine Feierlichkeit zum 125. Geburtstag des Schwabenmalers Stefan Jäger. Folgender Verlauf der Feierlichkeit ist vorgesehen:

9.30 Uhr Gottesdienst mit Orgelkonzert unter Mitwirkung von Dr. Walter Kindl; 10.30 Uhr Trachtenzug zum Jäger-Gedenkhäus; 11 Uhr Feierstunde vor dem Denkmal des Malers; 11.45 Uhr Eröffnung der Ausstellung mit Fotoreproduktionen von Gemälden Stefan Jägers nach Aufnahmen von Dr. Peter Fraunhofer; 12 Uhr Trachtenzug zum Friedhof; 12.30 Kranzniederlegung am Grab

des Künstlers; 16 Uhr Festveranstaltung im Kulturheim mit Großprojektionen von Jäger-Bildern; dazu Lieder, Volkstänze, Texte. Die Mitwirkenden der Feierlichkeit: Gruppe „Banater Rosmarein“, Trachtengruppen aus Reschitza, Freising und Nürnberg, die Singgruppe „Sunnereen“, Trachtenträger aus dem Banat.

Der Landesverband Bayern organisiert eine Busfahrt zu der Feierlichkeit. Die Reise ist mit einer Kulturfahrt durch das Banat verbunden. Besichtigt wird neben Hatzfeld das Lenauhaus, das Adam-Müller-Guttenbrunn-Museum, Maria Radna und Temeswar. Einige Plätze sind noch frei. Information beim Landesverband Bayern, Telefon und Fax 09721 / 31167. P.K.

## Tanzseminar in Nürnberg

Rund 50 Kinder und Jugendliche aus Nürnberg, Forchheim, Augsburg und Freising nahmen am Wochenende (2.–3. März) an einem Tanzseminar teil, der vom Landesvorstand Bayern organisiert wurde. Die Referenten Erika Schmidtmeier und Hansi Müller konnten die Teilnehmer für den Volkstanz begeistern. Das Programm war breit gefächert, es reichte vom Erlernen der ersten Zeppepolkaschritte bis hin zur Choreographie eines Tanzes.

Das Referat von Frau Schmidtmeier zu Beginn der Veranstaltung beinhaltete wichtige Informationen zum Aufbau einer Kindergruppe

sowie den Sprung dieser zu einer Jugendgruppe. Wichtige Tipps gab die Referentin auch in Sachen Leitung und Motivation solcher Gruppen.

Am Abend gesellten sich zu den Jugendlichen der Vorsitzende des Landesverbandes Bayern, Peter Krier, und die Mitglieder des Landesvorstandes, Helmine Buchsbaum und Johann Noll. Spontan führten ihnen die Gruppen vor, was sie an diesem Tag gelernt hatten. Im Laufe des Abends hatten die Teilnehmer Gelegenheit, sich besser kennenzulernen und das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Luzian Mot

## Autorenlesung mit Dr. Franz Marschang

Der Kreisverband Freiburg der Landsmannschaft der Banater Schwaben hatte am 17. März zu einer Autorenlesung mit Dr. Franz Marschang eingeladen. Das Thema der Lesung war die Situation der Banater Schwaben in der Nachkriegszeit, wobei der Gast aus Heidelberg seine Lesung unter das Motto „Am Wegrand der Geschichte“ stellte. Der von unseren Landsleuten geschätzte Autor las zunächst je eine Kurzgeschichte aus den veröffentlichten Büchern „Zwischen Welten“ und „Dem Leben abgelauscht“. Der Großteil der zur Verfügung stehenden Zeit aber wurde ausgefüllt mit dem Vortrag von unterschiedlichen Kapiteln aus den ersten drei im Manuskript abgeschlossenen Bänden seiner Erzähltetralogie „Am Wegrand der Geschichte“.

Die Handlung von Band I „Morgenrot der Kolchose“ (erscheint demnächst im Frankfurter R.-G.-

Fischer-Verlag) beginnt im Jahre 1958 in der Dobrudscha, damals die erste und einzige volkkollektivierte Landesregion. Die Hauptgestalt, ein Banater Tierarzt, erlebt hier die ertümliche Schönheit der Region, aber auch die Armut der Lebensverhältnisse im unanischen Kernland; dabei muss er sich mit dem Leiter einer neugegründeten Kolchose auseinandersetzen. Band II und III spielen im rumänischen Banat der sechziger und siebziger Jahre.

Den zahlreichen zur Lesung erschienenen Zuhörern, die überwiegend noch zur Erlebnisgeneration gehören, bot der Autor ein vielgestaltiges und farbiges Erinnerungsbild, was ihnen den Nachmittag zum Erlebnis machte. Anlässlich der Lesung machten die Anwesenden auch eine Kollekte, um bedürftige alte Landsleute in Temeschburg zu unterstützen.

Franz Quitter